

NACHRICHTEN

THAILAND

Dürre bedroht die Landwirtschaft

Das Ausbleiben des Monsunregens bedroht fast in ganz Thailand die Landwirtschaft. Bereits letztes Jahr war die Reisernte um ca. 10 % niedriger wegen des verspätet einsetzenden Monsuns.

Dieses Jahr hat sich die Situation noch verschlimmert. Mehr als die Hälfte aller Provinzen hatten unter der verlängerten Trockenzeit zu leiden, wie schon fast üblich besonders der Nordosten. Meteorologen führen die Verspätung der Regenzeit nicht nur auf leichte Veränderungen der globalen Wetterlage, die auch die Hitzewelle in der Türkei und Griechenland verursachte, zurück, sondern auch auf die Entwaldung weiter Flächen, was die Bildung tiefhängender Regenwolken erschwert. Die anhaltende Trockenperiode hat u.a. auch



dazu geführt, daß erstmals Dorfbewohner im Norden gegen den Holzeinschlag an einer Wasserscheide protestierten, was landesweit Aufsehen erregte. Bisher hatten viele Dorfbewohner im illegalen Abholzen eine zusätzliche Einnahmequelle gesehen, zumal anschließend die entwaldeten Flächen zur landwirtschaftlichen Nutzung verwandt werden.

Eine weitere Ausnutzung ist die Stadtflucht der ländlichen Bevölkerung, die auf dem ausgetrockneten Land keine Überlebenschancen mehr sieht. So treffen allein auf dem Hauptbahnhof von Bangkok pro Tag 300-400 Menschen ein, die meisten aus dem Nordosten, die hier Arbeit suchen.

Die sich jedes Jahr verschärfende Situation hat nach der Armee-Führung (siehe Patiwat-Konzept, SOAI 2/87) nun auch in der staatlichen Planungsbehörde ein allmähliches Umdenken bewirkt. So sagte der Generalsekretär der Behörde, man müsse in Zukunft mehr Nachdruck auf

die Behebung der ländlichen Armut, der Arbeitslosigkeit und die ungerechte Einkommensverteilung legen.

Vgl. BP 16., 20., 22., 24., 28., 31.8.87; NR 25.8.87; FEER 17.9.87

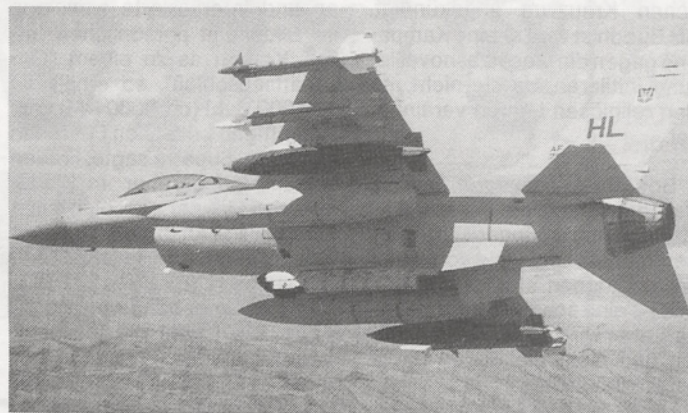


Tapioka

Tapioka Überschub

Die Tapioka-Bauern in Thailand stehen vor dem Problem, daß sich zum Ende des Jahres ein Überschub von verarbeitetem Tapioka (in Chips-Form) angehäuft hat, den abzubauen einer Quadratur des Kreises gleichkommt. Aufgrund eines Abkommens mit der EG kann Thailand zwischen 1987 und 1990 insgesamt 21 Mio Tonnen Chips in die EG zu Vorzugspreisen verkaufen, pro Jahr maximal 5,5 Mio t. Von der letzten Ernte lartert noch ein Überschub von 2,7-3,0 Mio t., dazu kommt der Ernte-Ertrag dieses Jahres, geschätzte 7 Mio t., sodaß selbst bei voller Ausnutzung der EG-Quote noch 4,2 - 4,5 Mio t. über bleiben. Der Export in Nicht-EG-Länder lag in den letzten beiden Jahren bei 1,4 bzw 0,2 Mio t., so daß von daher auch keine nennenswerte Abnahme erwartet werden kann, zumal diese Länder den schlechteren Weltmarktpreis zahlen.

Noch steht nicht endgültig fest, was die Regierung und die Tapioka-Händler machen wer-



Kampfflugzeug F-16A

den, aber es scheint fast sicher, daß Thailand demnächst nach EG-Vorbild einen Tapioka-Berg haben wird.

Vgl. NR 22.8.87

Neue Waffen-Großeinkäufe von Luftwaffe und Heer

Ende September/Anfang Oktober haben die Waffen-Einkäufer zugeschlagen und drei Groß-Deals von der Armee-Führung und der Regierung absegnen lassen: Zusätzlich zu den im letzten Jahr geordneten 12 Kampjets vom Type F16A bzw F16B (Trainer), die aber erst ab nächstes Jahr ausgeliefert werden, wurden jetzt nochmals 6 weitere F16 bestellt zum Preis von 2,5 Mrd B. Des weiteren wurden 40 mittlere Kampfpanzer vom Typ M48A5 bestellt, Gesamtpreis 1,126 Mrd B, nachdem kürzlich bereits in der VR China 30 Panzer T-69 gekauft wurden. Schließlich ging ein Kaufvertrag für 108 leichte Panzer "Commando Stingray" zum Gesamtpreis von 4,1 Mrd B in die USA. Vom "Stingray" existiert bisher nur ein Prototyp und Thailand wäre das erste Land, das diesen Typ in Dienst stellt. Alle drei Aufträge summieren sich zu 7,8 Mrd B, die über einen Zeitraum von 4 Jahren zu zahlen sind.

Vgl. NR 30.9.; 1.10.87; BP 1.10.87

Menschenrechts-Ausschuß gefordert

Auf einem dreitägigen Seminar über die Situation der Menschenrechte in Thailand wurde die Einrichtung eines "ständigen Parlamentsausschusses für Menschenrechte" gefordert.

Vertreter von nationalen Menschenrechts-Organisationen, aber auch Abgeordnete von Regierungs- und Oppositionsparteien begründeten diesen Vorstoß damit, daß es nach wie vor

Probleme mit der Durchsetzung von Grundrechten gebe, vor allem in Fragen von Landbesitz, Arbeitsrecht, politischer Rechte und in Frauen- und Kinder-Angelegenheiten. Besonders in der Provinz seien korrupte Bürokraten und der Einfluß von Dunkelmännern auf die Verwaltung ständig Anlaß für Beschwerden der Bürger. Gingen einzelne Abgeordnete dem nach, würde ihnen billige Wahlkampfmethoden vorgeworfen und ihre Möglichkeit einzugreifen sei sehr beschränkt. Ein ständiger Parlamentsausschuß sei in dieser Situation hilfreich, um eine Änderung ungerechter Gesetze zu initiieren und den Beschwerden effektiver nachzugehen. Außerdem könnte dies zu einem Vorbild für andere Länder der Region werden.

Vgl. BP 22.9., 2.10.87



Veera Musikapong

6 Jahre für Majestätsbeleidigung

Nachdem der ehemalige stellvertretende Innenminister Veera Musikapong Anfang August von einem Gericht in der Provinz Buriram vom Vorwurf der Majestätsbeleidigung freigesprochen worden war, hat jetzt ein Berufungsgericht Veera schuldig gefunden und zu 6 Jahren verurteilt. Veera hatte auf einer Wahlkampfveranstaltung im Sommer 1986 in Buriram gesagt, wenn er die Wahl gehabt hätte, wäre er lieber im großen palast, (d.h. als Mitglied der königlichen Familie) geboren worden, als Kind armer Bauern in Südthailand. Veera, der zu einer Gruppe von Dissidenten innerhalb der Democrat Party gehört, kann damit erstmal seine Aussichten auf ein politisches Comeback begraben, auch wenn er den Obersten Gerichtshof anrufen will, denn bis zu dessen Entscheidung dürfte noch einige Zeit vergehen, in der Veera politisch kaltgestellt ist.

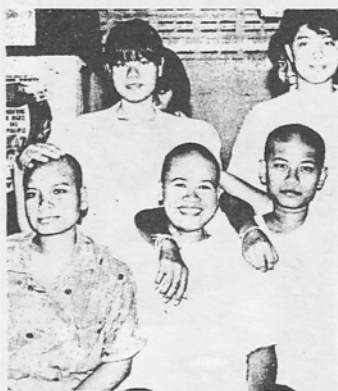
Vgl. SOAI 3/87; FEER 29.10.87

NACHRICHTEN

THAILAND

Regierung verfügt Wiedereinstellung von 36 entlassenen Streikenden

Am 10.8. ordnete das für Arbeitsrechts-Angelegenheiten zuständige Innenministerium die Wiedereinstellung von 36 entlassenen Streikenden der Firma Sri-kao an, bei voller Lohnnachzahlung der 36 meist Frauen. Weitere 95 Beschäftigte sollen ebenfalls kurze Zeit später an die Arbeitsplätze zurückkehren können. Die Arbeiterinnen und ihre Gewerkschaftsvertreter sehen dies als einen Erfolg an, nachdem alle Verhandlungen über die Forderungen der Streikenden bzw. ihre Wiedereinstellung von der Firmenleitung katego-



Arbeiterinnen, die ihren Kopf aus Protest geschoren haben

risch abgelehnt wurden. Die Regierung hat lange Zeit abgewartet, bis sie jetzt aktiv wurde, um "eine Gefährdung von Wirtschaft und innerem Frieden" zu verhindern.

Vgl. NR 11.8.87; siehe auch SOAI 3/87

Tourismus-Kritik wächst

Auf einer Podium-Diskussion des "Club der Auslands-Korrespondenten" in Bangkok wurde das erste Mal in dieser öffentlichen Weise der Nutzen des Tourismus für Thailand in Frage gestellt. Thailand erwartet in diesem Jahr 3,3 Mio Touristen. Nach offizieller Lesart hat der Tourismus einen "Durchsicker-Effekt", bei dem auch andere Branchen und der kleine Mann von den Einnahmen profitieren soll.

Dies wird aber bereits seit einiger Zeit von einheimischen Fachleuten bestritten. Der Großteil der Gewinne bleibe bei den Großen der Branche, den Hotelriesen, internationalen Veranstaltern und Fluglinien hängen, für alle anderen bleiben allenfalls Brosamen aus dem großen Kuchen über. Auch sei die erhoffte Verbesserung der Beschäfti-

gungslage noch eingetroffen, da in dieser Branche nur 400.000 Leute beschäftigt seien, fast durchwegs mit billigen Jobs wie Wachpersonal oder im Hotel-Service. Dr. Koson Srisang, einer der führenden Tourismuskritiker, bezeichnete den derzeitigen Tourismus als audbeuterisch und neokolonial, der dazu auch die nationale Kultur langfristig zerstöre. Die 100 Mio B, die in die Entwicklung von Pattaya als Erholungszentrum investiert wurden, hätten in der Landwirtschaft sicherlich einen viel größeren Nutzen gehabt.

Vgl. NR 18.9.87

Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes

Die Oppositionspartei, Prachakorn Thai Partei, hat ein Gesetz zur Liberalisierung der Abtreibung dem Repräsentantenhaus unterbreitet. Ein Bangkokener Abgeordneter des Parlaments, Dr. Boonthiem Khemapirat, Befürworter der Gesetzesinitiative, betonte, daß die bisherige Praxis veraltet sei. Nach dem 30 Jahre lang praktizierten Strafgesetz waren Abtreibungen nur legal, wenn die Schwangerschaft die Gesundheit der Mutter gefährdete oder Resultat einer Vergewaltigung war. Die Neuregelung sieht vor, daß darüberhinaus legal abgetrieben werden kann, wenn Schädigungen des Fötus befürchtet werden müssen und wenn die vom Arzt empfohlene Empfängnisverhütungsmethode gescheitert ist.

Bangkok's Gouverneur Chamlong Srimuang, der bereits Ende 1981 aus Protest gegen die damals angestrebte dann allerdings vom Senat abgewiesene Reformierung der Abtreibung sein Amt als Sekretär beim Premierminister niederlegte, hat bereits einen außerparlamentarischen Kreuzzug angekündigt. Als Buddhist wird er eine Kampagne gegen die Gesetzesnovellierung initiieren, da sie nicht mit den religiösen Lehren vereinbar sei.

Boonthiem dagegen betont, daß hunderte von Frauen sich jährlich Abtreibungen unterziehen müßten und viele von ihnen an Infektionen sterben würden. "Es ist eine schmerzhaft Wahrheit, aber wir müssen uns ihr stellen und nicht die Augen davor verschließen."

vgl. BP v. 31.10.87; 9.11.87; NR v. 31.10.87; 3.11.87

Finanzielle Einbrüche in Massagesalons aus Angst vor AIDS

"Cleopatra" ein bekannter Massagesalon auf der Petchburi Road in Bangkok hat ab 1. September die Türen für Weiße geschlossen." Deutliche Hinweise ließen den Schluß zu, daß Westler sich möglicherweise eher infizierten als Asiaten" so der Manager zur Associated Press. "Wir wollen nicht diskriminieren. Aber wir müssen unsere 200 Beschäftigten schützen und verhindern so die weitere Verbreitung der Krankheit". Der Massagesalon heiße weiterhin Asiaten aus Japan, Malaysia, Singapur und Hong Kong willkommen, da sie wesentlich zum Geschäftsumsatz beitragen. Für Etablissements wie "Takara" oder "La Cherie" in Patpong, die ausschließlich von ausländischen Kunden abhängig sind, bedeutet das Wegbleiben ausländischer Kunden den finanziellen Ruin.

Von nachweislich 150 AIDS Trägern in Thailand sind 11 Prostituierte, 7 heterosexuelle Männer, 72 Drogenabhängige und 60 Homosexuelle. Nach Dr. Thira sei der Trend alarmierend. Seien ehemals noch männliche Homosexuelle und Drogenabhängige betroffen gewesen, würde sich die Ansteckung nun auf Prostituierte und heterosexuelle Männer weiter ausdehnen.

vgl. BP 1.10., 5.10., 11.10.87; NR 2.10.87; siehe auch FEER 5.11.87, S.52

Meldungen zum internationalen Frauenhandel:

Im englischen Fernsehen berichtete die thailändische Parlamentsabgeordnete der Demokraten Ms Supatra, daß unter den Heiratshändlern in England eine ehemalige thailändische Besitzerin eines Schönheitssalons - mit einem Engländer verheiratet sei. Die Frau kündige mit Handzettel das Geschäft in Thailand an und Interessierte schickten ihr Bilder mit persönlichen Daten. Kommt es zu einem "Geschäftsabschluß", so erhält sie 126.000 Baht (ca. 9000 DM) vom zukünftigen britischen Ehemann dafür. Ms. Supatra sagte, Frauen sollten sich darüber im Klaren sein, daß Männer, die solch einen Service in Anspruch nähmen "nur jemand für Haushalt und Sex suchten." (BP, NR 12.10.87)

In der Umgebung von Darmstadt (BRD) geht die thailändische Frau eines deutschen Geschäftsmannes neue Wege. Erfolgreich umgeht sie die Einreisebeschränkungen für einzelrei-

sende Thailänderinnen, die sie aus Pattaya, Bangkok und Chiang Mai anwirbt. Die Frauen erhalten eine 3 monatige Aufenthaltserlaubnis und geben vor, Verwandte thailändischer Frauen zu sein, die wiederum Strohmänner für das Ehevermittlungsgeschäft ihrer Ehemänner sind. Die Mädchen werden dann an Kunden in Deutschland oder Europa weitervermittelt, die es vorziehen "Erotik frei Haus" und nicht erst in Thailand zu haben. Nach 3 Monaten erfolgreicher Vermittlung wird durch Arrangements mit der Einwanderungsbehörde eine Aufenthaltsverlängerung um weitere 3 Monate erzielt. Die z.T. jungen Mädchen könnten monatlich zwischen 5.000 (ca. 350 DM) bis 10.000 Baht verdienen. Die Angst vor AIDS trage zu größerer Nachfrage nach asiatischen Frauen als Sexpartnerin bei, sie werden von vielen Europäern als frei von Krankheiten angesehen.

(BP 16.10.87)

Banden in den nördlichen Provinzen Thailands Chiang Mai und Chiang Rai locken Frauen zu Heirat nach Taiwan. Bislang seien ca. 20 Frauen meist über 30 Jahre und schon mal verheiratet, mit dem Versprechen überredet worden, ältere, reiche Taiwanesen zu heiraten, die ihren zukünftigen Bräuten 100.000 Baht (ca. 7000 DM) zahlen würden. In Taiwan angekommen wurde den Frauen allerdings der Paß abgenommen, um sie an der Rückkehr zu hindern, sie wurden dann zu schwerer Arbeit angehalten. Von den Verwandten wurde darüberhinaus noch Geld für das Rückflugticket verlangt.

(NR 20.10.87)

Am Siam Square wurde ein Mann festgenommen, der in Verbindung mit einem Syndikat steht, das Thai Mädchen in die Prostitution nach Taiwan schickt. In Taiwan würden sie von einer Thailänderin, die der Bande für jedes Mädchen 40.000 Baht zahlt, in Bordelle und Nachtclubs geschickt.

(NR 7.11.87)

Fünf thailändische Mädchen im Alter von 17 bis 19 Jahren wurden nach einer Razzia in 2 Hotels auf Penang, Malaysia, festgenommen. Die Mädchen werden, so wird vermutet, von einem Syndikat illegal ins Land geschleust und ihnen werden später gefälschte Papiere verkauft. Ein 38 Jahre alter Malaysier wurde in einem Hotel auf der Campbell Street festgenommen. Er steht unter Verdacht, Zuhälter zu sein, er hielt in einem Hinterraum 2 thailändische Teenager versteckt.

(NR 11.10.87)